

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3523

Geschäftstyp: Interpellation

Titel: **Besteht eine Bildungslücke in den Schulen angesichts des zunehmenden Antisemitismus?**

Urheber/in: Roger Boerlin

Zuständig: —

Mitunterzeichnet von: —

Eingereicht am: 12. Februar 2026

Dringlichkeit: —

Aktuelle Berichte zeigen, dass antisemitische Vorfälle in der Schweiz in den letzten Jahren stark zugenommen haben. 221 antisemitische Vorfälle wurden 2024 in der Schweiz dokumentiert – ein Anstieg um rund 43 % gegenüber 2023 (155) und 287% im Vergleich zu 2022. Dazu gehören zahlreiche verbale Angriffe, Sachbeschädigungen, körperliche Angriffe. Viele Vorfälle stehen in Verbindung mit Spannungen mit dem Krieg im Nahen Osten. Laut Berichten äussern sich viele jüdische Menschen, sie fühlten sich zunehmend unsicher und würden sichtbare religiöse Symbole seltener tragen, um nicht zum Ziel von Angriffen zu werden. In der Schweiz leben etwa 18 000 jüdische Menschen, die in vielfältigen Gemeinden aktiv sind (z.B. in Basel, Zürich, Genf).

Es gab in Muttenz antisemitische Schmierereien. «Juden raus» stand in grossen Lettern am 10. Oktober 2024 an der Wand in einer Unterführung.

Auf kantonaler Ebene wurde die Frage des Schutzes der jüdischen Gemeinschaft und jüdischer Menschen bereits thematisiert (Interpellation von Marc Schinzel 2025/242). In der Beantwortung der Interpellation wurde festgestellt, dass der Antisemitismus «massiv» zugenommen habe und jüdische Menschen sich im öffentlichen Raum unsicher fühlten.

Schulen haben einen gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag: Demokratie, Menschenrechte, Toleranz, Schutz von Minderheiten.

Antisemitismus ist kein Randthema, sondern berührt viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Es gehört noch immer- wenn auch zunehmend weniger- zu den Kernaufgaben des Religionsunterrichts, Schülerinnen und Schüler mit dieser Thematik vertraut zu machen. Der Unterricht wird von Katechetinnen und Katecheten, sowie Pfarrerinnen und Pfarrer der drei Landeskirchen (römisch-katholisch, evangelisch-reformiert, christkatholisch) erteilt.

Da dieser Unterricht abnimmt -Eltern können aus welchen Gründen auch immer ihre Kinder vom Religionsunterricht dispensieren lassen – drängt sich die Frage auf, wer dieses Defizit an Bildung

im Bereich Religionen kompensiert. Nebenbei sei nur bemerkt, dass die Religionen weltweit eine zentrale Rolle in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spielen.

Ich bitte die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

Wie beurteilt die Regierung die Frage, ob ein Anstieg antisemitischer Äusserungen auf Defizite im Bildungsbereich zurückzuführen ist, insbesondere auf mangelndes Wissen über Religionen und deren Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben?

In welchen Fächern wird das Thema Religion an den Schulen behandelt, und wie wird dabei auf bestehende Bildungslücken eingegangen?

Wie wird Prävention im Sinne von Aufklärung diesbezüglich in den Schulen auf die Zunahme von antisemitischen Äusserungen eingegangen?

Welche Inhalte zum Judentum und zu antisemitischen Erscheinungsformen sind aktuell in den Lehrplänen der Volksschule und der weiterführenden Schulen des Kantons Baselland verankert oder vorgesehen?

Wie kann das Schulfach ERG (Ethik Religion Geschichte) gestärkt werden?

Gibt es spezifische Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer zu Antisemitismusprävention?